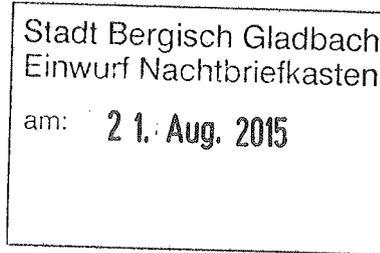


Die Linke.

Fraktion Bergisch Gladbach



Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Lutz Urbach

Per Telefax 02202 14702809

21. Aug. 2015
1-14702809

21.08.2015

Antrag auf Rücknahme des Grundsatzbeschlusses zur Einrichtung eines zentralen Wertstoffhofes in Bergisch Gladbach aus dem Jahre 2008 und Antrag auf Rücknahme des Beschlusses zur Errichtung eines Wertstoffhofes an der Kieppemühle und Antrag auf Rücknahme der Anpachtung des hierfür vorgesehenen Grundstückes; ersatzweise für den letzten Punkt bei bereits erfolgter Unterzeichnung des Pachtvertrages Antrag auf Nutzung des betreffenden Grundstückes für die Errichtung von Sozialwohnraum und Flüchtlingsunterkünften

Sehr geehrter Herr Urbach,

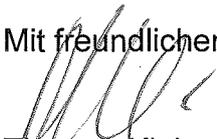
wir bitten sie folgenden Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen, und würden empfehlen diesen Antrag vorab am 02.09.15 dem AUKIV zur Diskussion vorzulegen:

1. Der Rat möge beschließen die Rücknahme des Grundsatzbeschlusses zur Einrichtung eines zentralen Wertstoffhofes in Bergisch Gladbach aus dem Jahre 2008 und die Rücknahme des Beschlusses zur Errichtung eines Wertstoffhofes an der Kieppemühle und die Rücknahme der Anpachtung des hierfür vorgesehenen Grundstückes; ersatzweise für den letzten Punkt bei bereits erfolgter Unterzeichnung des Pachtvertrages die Nutzung des betreffenden Grundstückes für die Errichtung von Sozialwohnraum und Flüchtlingsunterkünften

Begründung: im Jahre 2014 ist die Notwendigkeit für die Errichtung eines Wertstoffhofes durch die Bereitstellung der öffentlichen Sammelcontainer für Elektrokleingeräte durch den BAV entfallen. Dies um so mehr als durch die Änderung der Vorgaben für die Annahme von Sondermüll in den Schadstoffmobilen mittlerweile sämtliche Schadstoffarten in den Schadstoffmobilen angenommen werden. Diese stehen an unterschiedlichen Tagen und Zeiten überall in der Stadt verteilt, die entsprechenden Orte und Termine werden immer allen Bürgern bekannt gegeben. Somit ist überall in der Stadt für die Bürger die Entsorgung dezentral sichergestellt. Eine zusätzliche zentrale Stelle ist nicht mehr notwendig.

Die somit im Zentrum freiwerdende Fläche sollte umgehend für die Errichtung dringend benötigter Sozialwohnungen und Flüchtlings- und Asylbewerberunterkünften genutzt werden

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Klein